

# **EUROPÄISCHER BRIEF VOM 1.7.2009**

von Hadar Cars, Vizebürgermeister von Stockholm  
Forderung für eine EU mit Mehrheitsbeschlüssen

# **LETTRE EUROPÉENNE DU 1.7.2009**

par Hadar Cars, Vice-Maire de Stockholm  
Exigence pour une UE avec des décisions à la majorité

# **EUROPEAN LETTER OF THE 1.7.2009**

by Hadar Cars, Deputy Mayor of Stockholm  
Demanding an EU with Majority Decisions

# **EUROPEAN SOCIETY**



# **COUDENHOVE-KALERGI**

ASSURER LE PROJET EUROPE – DAS PROJEKT EUROPA SICHERN – GUARENTEE THE PROECT EUROPE

KOMMENTARE AN – COMMENTAIRE Á – COMMENTS TO

**EUROPEAN-SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI**

Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien, Tel +43-1-40126-361, Fax +32-1-40126-369  
office@european-society-coudenhove-kalergi.org

## EUROPÄISCHER BRIEF DER EG-CK – EUROPA-GESELLSCHAFT COUDENHOVE-KALERGI

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi Gesellschaft herausgegeben, die in Erinnerung an den Gründer der Paneuropa-Bewegung geschaffen worden ist. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen, die in Sorge um die Zukunft des Projektes Europa alles versuchen möchten, um dessen erfolgreiche Weiterentwicklung zu sichern. In einem offenen, konstruktiv-kritischen Dialog sollen die Hoffnungen und Chancen, die Zielsetzungen und Institutionen eines in vielgestaltiger Einheit verbundenen Kontinents in den Hirnen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger Europas immer fester verankert werden.

Richard Coudenhove-Kalergi, Sohn eines Diplomaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und seiner japanischen Frau, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes, das in einer Welt neuer Herausforderungen und Bedrohungen mit den Anstrengungen der Besten unseres Kontinents weiter entfaltet und vertieft werden muss. Nichts und niemand soll eine erfolgreiche Fortführung dieses Werkes ernsthaft gefährden dürfen.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung wurde formell in die Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi umgewandelt und will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

*Dr. Alois Mock, Vizekanzler a.D. und Außenminister a.D.  
Präsident der Europa-Gesellschaft Coudenhove-Kalergi*

### **Forderung für eine EU mit Mehrheitsbeschlüssen**

*von Hadar Cars, Vizebürgermeister von Stockholm*

Die Not ist die Mutter der Erfinder. Das haben wir oft gehört. Aber Not, Unruhe und Umweltbedrohung ist auch die Mutter der EU. Es war der Mangel an Essen nach dem Weltkrieg, die erbärmliche Wirtschaft, die militärische Bedrohung aus dem Osten und die interne Bedrohung durch die großen kommunistischen Parteien, die Europa zusammenrücken ließ und zur heutigen EU geführt hat.

In unserer Betrachtungsweise, was die EU ist oder tun soll, hat sich auch nicht viel geändert. Erst wenn die Herausforderungen so groß werden, dass nicht einmal die großen EU-Länder sie selber bewältigen, wird die EU auf die politische Bühne geholt. Jetzt wie früher.

So wird beispielsweise eine koordinierte Finanzpolitik mit gemeinsamen Gesetzen erst aktualisiert, wenn die internationale Finanzkrise vor der Tür steht. In gleicher Weise kommen die Pläne für eine gemeinsame Energiepolitik erst wieder in Gang, wenn die russischen Gaslieferungen ausbleiben. Und es war nicht bevor die russischen Panzer in Georgien einrollten, dass eine gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland wieder ernsthaft aufgegriffen wurde.

Es ist nicht die Europäische Union, sondern der Nationalstaat, der als natürlicher Vertreter der Sicherheit der Staatsbürger und ihrer politischen Ambitionen angesehen wird. Das Nationalgefühl ist stark und noch ist der Weg zu einer demokratischen Welt in Frieden lang, einer Welt ohne behindernde Nationalgrenzen und mit den gleichen Möglichkeiten für alle. In vieler Hinsicht ist die Entwicklung jedoch in die richtige Richtung gegangen und die Liberalen und die Paneuropäer sehen Europa als einen notwendigen und wertvollen Schritt auf diesem Weg.

Ein großer Schritt nach vorne ist die Tatsache, dass auch frühere Großmächte Gesetze mittragen, auch wenn sie dagegen gestimmt haben, die für alle Länder der Union gelten sollen. Unumgänglich für diese Mehrheitsbeschlussfassung ist, dass alle teilnehmenden Länder demokratische Rechtsstaaten sind.

Die Möglichkeit durch Abstimmung bindender Beschlüsse in wesentlichen politischen Fragen zu fassen, macht die EU einzigartig. Es gibt kein Vetorecht für Sachgebiete, in denen die Nationalstaaten der EU das Beschlussrecht durch Abkommen übergeben haben. Der Beschluss der Union muss eingehalten werden. Der Europäische Gerichtshof kontrolliert, dass der Beschluss eingehalten wird.

Dass die Mehrheitsbeschlüsse beibehalten und entwickelt werden, ist eine Voraussetzung für engere Zusammenarbeit. Wichtig ist dieses Mehrheitsverfahren, um kleinen und mittelgroßen Mitgliedstaaten tatsächlichen Einfluss einzuräumen. Zumindest drei Gründe sprechen dafür:

1. Das Verfahren ist effektiv. Erst als dieses in Kraft trat, konnten freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr beschlossen werden. Die Freiheiten haben eine enorme Bedeutung bekommen. In den Bereichen wo sämtliche Regierungen für einen Beschluss einig sein müssen, ist die Entwicklung langsamer, wenn überhaupt, gegangen. So ist z.B. das Ergebnis des sogenannten Lissabon-Prozesses aus den 90-er Jahren – das in einem Jahrzehnt die EU zum konkurrenzkräftigsten Markt der Welt verwandeln sollte – ziemlich missglückt.
2. Das Verfahren ist eine Voraussetzung dafür, dass das Europaparlament wirkliche Mitbestimmung haben soll. Nur wo der Beschluss des Ministerrates durch Abstimmung erfolgen kann, teilt das Parlament die Macht mit dem Rat in Gesetzes- und Budgetfragen. Die Mitbestimmung des Europaparlament ist ein Garant dafür, dass die EU-Bürger Einsicht bekommen und den Beschlussprozess mit beeinflussen können.
3. Das Verfahren gibt kleinen und mittelgroßen Mitgliedsländern eine Mitbestimmung, die sie mit Vetorecht nicht erreichen können. Dies gilt besonders für die Außenpolitik. Die großen Länder haben große Erfahrung in der Außenpolitik auf höchster Ebene. Sie haben auch mehr als genug qualifizierte Mitarbeiter. Diese Länder tendieren deshalb dazu, die Gestaltung der gemeinsamen Außenpolitik für die EU als eigene Sache anzusehen.

Die Forderung auf Beschlusseinstimmigkeit, macht es notwendig, dass sie in erster Linie ein gegenseitiges Übereinkommen suchen. In diesem Prozess können Vorschläge und Ideen von kleineren Ländern eingeholt und vorgebracht werden.

Das wichtigste für die großen ist aber, sich innerhalb der Gruppe zu einigen. Falls es Ihnen gelingt, wird der Vorschlag den anderen zirka zwanzig Ländern vorgestellt. Diese haben, jeder für sich, die Möglichkeit ein Veto einzulegen und damit den Vorschlag zu fällen.

Scheinbar gibt dies den kleineren Ländern einen großen Einfluss. Aber in der Praxis kann das Vetorecht nur dann angewendet werden, wenn unentbehrliche Werte für den berührten Staat auf dem Spiel stehen. Das ist selten der Fall.

Falls Beschlüsse in außenpolitischen Fragen nach dem Mehrheitsprinzip gefasst werden sollten, würde die Sache ganz anders ausschauen. Die „Großen“ würden dann nicht das

gleiche Bedürfnis haben, sich schon frühzeitig im Prozess zusammenzutun. Länder, große wie kleine, mit gleichartigen Auffassungen in der aktuellen Frage, würden dann Allianzen eingehen. Sie würden sich vortasten, bis sie durch Kompromisse so viele Stimmen zusammenhätten, dass es für einen Beschluss ausreichte. Ansichten und Argumente würden sich treffen. Alle würden eine reelle Möglichkeit haben, das Schlussprodukt zu beeinflussen.

Bürger, politische Parteien und EU-Länder, die die Zusammenarbeit in Europa ausweiten und Europa in der Welt mehr Kraft geben wollen, sollten deswegen folgendes fordern:

- dass die europäische Beschlussfassung in u.a. Außen-, Sicherheits- und Klimafragen nach dem Mehrheitsbeschlussverfahren praktiziert wird ,
- dass die EU mit dem Euro als Basis zu einer finanziellen Gemeinschaft entwickelt wird,
- dass die EU sich in einer gemeinsamen Klima- und Energiepolitik einigen.

Es wäre schön, wenn die Debatte vor der Wahl zum Europaparlament in Juni auch diese Fragen behandeln würde.

## LETTRE EUROPÉENNE DE LA SE-CK – SOCIÉTÉ EUROPÉENNE COUDENHOVE-KALERGI

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Société Coudenhove-Kalergi qui a été constituée en mémoire du fondateur du Mouvement paneuropéen. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés qui, soucieux de l'avenir du projet européen, souhaitent mettre tout en œuvre afin de consolider avec succès son développement ultérieur. C'est à travers un dialogue ouvert, à la fois critique et constructif, que les espérances et les chances, les buts et les institutions d'un continent dont l'unité résulte de sa diversité devraient s'ancrent toujours plus fortement dans l'esprit et le cœur des citoyennes et des citoyens de l'Europe.

Richard Coudenhove-Kalergi, fils d'un diplomate de la monarchie austro-hongroise et de son épouse Japonaise, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contrepoids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen. Dans un monde où se profilent de nouvelles provocations et de nouvelles menaces, ce projet doit être davantage développé et approfondi grâce aux efforts des élites de notre continent. Rien ni personne ne doit pouvoir sérieusement mettre en danger la poursuite de cette œuvre couronnée de succès.

La Société Européenne Coudenhove-Kalergi, créée comme Fondation en 1978, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

*Alois Mock, ancien Vice-Chancelier et ancien Ministre des Affaires étrangères.  
Président de la Société Européenne Coudenhove-Kalergi*

### **Exigence pour une UE avec des décisions à la majorité**

*par Hadar Cars, Vice-Maire de Stockholm*

La nécessité est la mère des inventeurs. Nous avons souvent entendu cela. Mais la nécessité, l'inquiétude et les menaces sur l'environnement sont également la mère de l'UE. C'est le manque de nourriture après la guerre mondiale, l'économie déplorable, la menace militaire de l'est et la menace interne par les grands partis communistes qui a fait que l'Europe serre les rangs et qui a conduit à l'UE actuelle.

Notre approche sur ce que l'UE est ou doit faire n'a pas non plus beaucoup changé. Ce n'est que lorsque les défis deviennent tellement importants que les grands pays de l'UE eux-mêmes ne les maîtrisent pas, que l'UE est appelée sur la scène politique. Maintenant comme par le passé.

Ainsi, par exemple, une politique financière coordonnée avec des lois communes n'est mise en place que lorsque la crise financière internationale est imminente. De la même manière, les plans pour une politique énergétique commune ne prennent forme que lorsque les livraisons de gaz russe viennent à manquer. Et ce ne fut que lorsque les chars russes entrèrent en Géorgie qu'une politique commune de l'UE à l'encontre de la Russie fut à nouveau sérieusement prise en considération.

Ce n'est pas l'Union européenne mais l'Etat-nation qui est pris en compte en tant que représentant naturel de la sécurité des citoyens et de leurs ambitions politiques. Le sentiment national est encore fort et le chemin encore long vers un monde démocratique et pacifique, un monde sans frontières nationales gênantes et accordant les mêmes possibilités à tous. À maints égards, le développement a toutefois pris le bon chemin et les

libéraux ainsi que les Paneuropéens prennent soin de considérer l'Europe comme une étape nécessaire et précieuse sur ce chemin.

Une grande étape a été franchie du fait que d'anciennes grandes puissances soutiennent les lois qui ont été adoptées pour toute l'Union, même se elles ont voté d'abord contre elles. Il est indispensable que pour l'adoption de telles résolutions à la majorité tous les pays participants soient des Etats de droit démocratiques.

La possibilité d'adopter par votation des décisions contraignantes dans les questions politiques essentielles fait de l'UE un cas unique. Il n'y a pas de droit de veto pour les domaines dans lesquels les Etats-nations ont transmis par accord à l'UE le droit de décision. La décision de l'Union doit être respectée. La Cour de justice européenne vérifie le respect de la décision.

Que les décisions à la majorité soient maintenues et développées est une condition pour une coopération plus étroite. Cette procédure de majorité est importante pour accorder une influence effective à des États membres de taille petite et moyenne. Au moins trois raisons militent en sa faveur :

1. La procédure est effective. Ce n'est que depuis son entrée en vigueur que la libre circulation des personnes, des marchandises, des services et des capitaux a pu être mise en œuvre. Les libertés ont acquis une importance énorme. Dans les secteurs où tous les gouvernements doivent être d'accord pour décider, le développement, s'il a eu lieu, s'est effectué plus lentement. Ainsi, p. ex., le résultat du processus dit de Lisbonne des années quatre-vingt-dix – qui devait transformer l'UE en le marché le plus fort et concurrentiel du monde en une décennie – a fait passablement long feu.
2. La procédure est une condition pour que le Parlement européen ait un vrai pouvoir de codécision. Ce n'est que lorsque les décisions du Conseil des Ministres sont prises par votation que le Parlement partage le pouvoir avec le Conseil en questions de loi et de budget. La codécision du Parlement européen garantit aux citoyens de l'UE un droit de regard et leur permet d'influencer le processus de décision.
3. La procédure donne à des pays membres de petite et moyenne taille un pouvoir de codécision qu'ils ne peuvent pas atteindre avec le droit de veto. Cela vaut particulièrement pour la politique étrangère. Les grands pays ont une grande expérience au plus haut niveau en matière de politique étrangère. Ils ont aussi des collaborateurs qualifiés en nombre plus que suffisant. Ces pays ont par conséquent tendance à considérer l'organisation de la politique étrangère commune pour l'UE comme leur propre chose.

L'exigence de l'unanimité de décision implique qu'ils recherchent en premier lieu un accord mutuel. Dans ce processus, les propositions et les idées des plus petits pays peuvent être accueillies et présentées. Le plus important pour les grands est toutefois de se mettre d'accord au sein du groupe. S'ils y parviennent, la proposition est présentée aux quelque vingt autres Etats. Chacun de ceux-ci a la possibilité d'opposer son veto et de contrer ainsi la proposition.

Cela donne apparemment une grande influence aux plus petits pays. Mais dans la pratique le droit de veto ne peut être utilisé que lorsque les intérêts vitaux de l'Etat concerné sont en cause. C'est rarement le cas.

Si les décisions en matière de politique étrangère devaient être prises selon le principe de la majorité, la situation serait totalement différente. Les « grands » n'éprouveraient pas le même besoin de s'entendre dès le commencement du processus. Les Etats, qu'ils soient grands ou petits, ayant des points de vue semblables sur une question donnée, concluraient des accords. Ils avanceraient à tâtons jusqu'à obtenir, à force de compromis, le nombre de voix suffisant pour emporter la décision. Les avis et les arguments se rencontreraient. Tous auraient une réelle possibilité d'influencer le produit final.

Les citoyens, les partis politiques et les pays de l'UE qui développent la coopération en Europe et qui veulent renforcer la puissance de l'Europe dans le monde devraient par conséquent exiger ce qui suit :

- que le processus de décision européen selon le principe de la majorité soit adopté notamment en matière de politique étrangère, de sécurité et climatique,
- que l'on développe l'UE, avec l'Euro comme base, vers une communauté financière,
- que l'UE s'entende sur une politique climatique et énergétique commune.

Ce serait beau si avant l'élection du Parlement européen en juin le débat traitait aussi de ces questions.

## EUROPEAN LETTERS OF THE ES-CK – EUROPEAN SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

The "European Letters" are published by the Coudenhove-Kalergi Society, which was established in memory of the founder of the Paneuropa movement. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans who are committed to ensuring the successful future development of the European project. The hopes and opportunities, the goals and institutions of a continent united in its diversity shall be increasingly anchored in the minds and hearts of the European citizens by an open, constructively critical dialogue.

Richard Coudenhove-Kalergi, son of a diplomat of the Austro-Hungarian Monarchy and his Japanese wife, developed soon after World War I the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed decisively to the founding of the Council of Europe in 1949. Today the political and economic realisation of the European peace project, which needs to be developed and deepened in a world of new challenges and threats through the efforts of the best of our continent, is with the European Union. Nothing and no one shall endanger the successful continuation and development of this project.

The European Society Coudenhove-Kalergi, established as Foundation in 1978, is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

*Alois Mock*

*Former Vice Chancellor and former Minister for Foreign Affairs  
President of the European Society Coudenhove-Kalergi*

### **Demanding an EU with Majority Decisions**

*by Hadar Cars, Deputy Mayor of Stockholm*

'Necessity is the mother of invention.' We have heard this often. But need, disorder, and environmental threats are also the mother of the EU. It was the lack of food after the World War, the dire economy, the military threat from the East and the internal threats from the large Communist parties, that drew Europe together and led to today's EU.

In our view of what the EU is and what it should be doing, not much has changed either. And now as in the past, the EU is only asked to take center stage when the challenges become so big that even the major EU countries cannot surmount them.

Only with an international financial crisis at the gates, for example, a coordinated financial policy with EU-wide regulations is actualized. In a similar manner, plans for a common energy policy only get into gear as Russian gas deliveries stop flowing. The debate over a common EU policy vis-à-vis Russia was not seriously taken up again before Russian tanks rolled into Georgia.

It is not the EU but the nation state that is seen as the natural representative of citizen's security and their political ambitions. National feelings are strong, and the road to a democratic world at peace, without obstructive national borders, and equal opportunities for all, is long. In many ways, however, the development has led in the right direction and both Liberals and Pan-Europeans regard Europe as a necessary and valuable step in this direction.

One important step is the fact that former major powers stand by laws that are binding for all countries of the Union, even if they had voted against them. It is imperative for resolution through majority decision that all participating countries are democratic constitutional states.



Being able to vote on binding decisions on major political questions makes the EU unique. There is no veto power in subject matters in which the nation states have signed treaties delegating the decision-making process to the EU. The EU decision has to be complied with. The European Court controls this compliance.

Keeping with, and further developing majority decisions, is a precondition for closer cooperation. The majority-decision process is important to give smaller and medium-sized member states real influence. There are at least three arguments in its favor:

1. The process is effective. Only when it came into effect could the free transit of people, goods, services, and capital be agreed upon. In matters in which all governments have to agree on a decision, the development has been, if moving at all, slower. The result of the Lisbon-process of the 90s, for example – which was supposed to transform the EU within one decade into the most competitive market in the world – has been quite a failure.
2. The process is a condition for the European Parliament to have a real say in matters. The parliament shares power with the Council in legislative and budgetary matters only if the decisions of the Council of Ministers can be reached through voting. A share of the European Parliament in making decisions guarantees that EU citizens can gain insight and influence in the decision making process.
3. The process gives small and medium-sized member countries a weight they cannot gain through veto power. This is especially valid in foreign policy. The large states have a large amount of experience in highest-level foreign policy. They also have more than enough qualified staff. These countries therefore tend towards considering the shaping of a common foreign policy of the EU as their matter.

The demand for unanimity in decision-making makes it necessary for them to primarily seek mutual understanding. In this process, suggestions and ideas can be solicited from, or be brought in by, the smaller countries. The most important thing for the big states, however, is to find agreement within their group. If they succeed, their proposal is presented to the other twenty states. They then, each for themselves, have the ability to veto the proposal and thus bring it down.

This seemingly accords a major influence to the smaller states. In practice, however, the right to veto can only be exercised if indispensable values are at stake for the country concerned. This is seldom the case.

If all decisions in questions of foreign policy were made according to the principle of majority, things would look significantly different. The 'Big Ones' would not feel the same need to collaborate early in the process. Countries, both large and small, that share similar understandings of the issue in question would forge alliances. They would then extend feelers, and compromise until they have enough votes for a decision. Points of view and arguments would meet. All would have a real opportunity to influence the final product.

Citizens, political parties, and EU countries that want to extend collaboration and want to increase the global power of Europe should therefore demand the following:

- That European decision-making in matters of foreign-, security-, and climate policy is based on majority decisions.
- That the EU is developed into a financial community on the basis of the Euro.

- That the EU agrees on a common climate- and energy policy.

It would be pleasant if the debate before the European parliamentary elections in June would also include these questions.

## EUROPEAN LETTERS OF THE ES-CK – EUROPEAN SOCIETY COUDENHOVE-KALERGI

The "European Letters" are published by the Coudenhove-Kalergi Society, which was established in memory of the founder of the Paneuropa movement. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans who are committed to ensuring the successful future development of the European project. The hopes and opportunities, the goals and institutions of a continent united in its diversity shall be increasingly anchored in the minds and hearts of the European citizens by an open, constructively critical dialogue.

Richard Coudenhove-Kalergi, son of a diplomat of the Austro-Hungarian Monarchy and his Japanese wife, developed soon after World War I the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed decisively to the founding of the Council of Europe in 1949. Today the political and economic realisation of the European peace project, which needs to be developed and deepened in a world of new challenges and threats through the efforts of the best of our continent, is with the European Union. Nothing and no one shall endanger the successful continuation and development of this project.

The European Society Coudenhove-Kalergi, established as Foundation in 1978, is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

*Alois Mock*

*Former Vice Chancellor and former Minister for Foreign Affairs*

*President of the European Society Coudenhove-Kalergi*

## **Europatankar**

Hadar Cars

Nöden är uppfinningarnas moder. Det har vi ofta hört. Men nöden, oron, hoten från omvärlden är också EU:s moder. Det var bristen på mat efter världskriget, den usla ekonomin, det militära hotet från öster och det interna hotet från stora kommunistpartier som bar fram enhetssträvandena i Europa – de som lett till det EU vi har idag.

I synen på vad EU skall vara och göra har heller inte mycket förändrats. Det är först när utmaningarna blir så stora att inte ens de större EU-länderna själva klarar av dem som "Europa" skjuts fram på den politiska scenen. Nu som tidigare.

Så t ex aktualiseras en sammanhållen finanspolitik med gemensamma lagar för kreditmarknaden först när den internationella finanskrisen knacker på dörren. På samma sätt får planerna på en gemensam energipolitik fart först när de ryska gasleveranserna uteblir. Och det är inte förrän de ryska stridsvagnarna rullat in i Georgien som en gemensam EU-politik visavi Ryssland aktualiseras på allvar.

Det är inte Europaunionen utan nationalstaten som framstår som naturlig företrädare för medborgarnas säkerhet och politiska strävanden. Nationalkänslan är stark och ännu är vägen lång till en demokratisk värld i fred, utan hindrande nationsgränser och med lika möjligheter för alla. I många avseenden har dock utvecklingen gått i rätt riktning och liberaler brukar se Europa som ett nödvändigt och värdefullt steg på vägen.

Att också tidigare stormakter är med om att inom EU stifta lag som alla inom unionen måste följa – även de som röstat mot – är ett jättekliv framåt. Centralt för denna beslutsordning är att alla länder som deltar är demokratiska rättsstater.

Det är möjligheten att genom omröstning fatta bindande beslut i väsentliga politiska frågor som gör EU unik. Inom sakområden som staterna genom avtal överlämnat

beslutandenrätten i till EU finns ingen vetorätt. Unionens beslut måste efterlevas. Europadomstolen övervakar att så sker.

Att det gemensamma beslutfattandet bibehålls och utvecklas är förutsättningen för en fördjupad samverkan. Särskilt viktig är metoden för att mindre och medelstora medlemsländer skall ha reellt inflytande. Minst tre skäl talar för detta.

1. Metoden är effektiv. Det var först när den började tillämpas som besluten om bl a fri rörlighet för medborgare, varor, tjänster och kapital kunde fattas. Dessa friheter har fått enorm betydelse. På områden där det för beslut krävs att samtliga regeringar kommer överens har utvecklingen gått långsamt – om ens alls. Så t ex är resultaten av den s k Lissabonprocessen från nittiotalet - den som inom något årtionde skulle förvandla EU till världens mest konkurrenskraftiga marknad – rätt skrall.
2. Metoden är en förutsättning för att Europaparlamentet skall ha reellt medbestämmande. Det är endast i lag- och budgetärenden där ministerrådets beslut kan tas genom omröstning som parlamentet delar makten med rådet. Detta i sin tur är garanten för EU-medborgarnas insyn och medinflytande i beslutsprocessen.
3. Metoden ger små och medelstora medlemsländer ett medbestämmande som de inte kan uppnå genom vetorätten. Särskilt gäller detta inom utrikespolitiken. De större länderna inom EU har lång erfarenhet av utrikespolitik på högsta nivå. De har också mer än gott om kvalificerade medarbetare. Dessa länder tenderar därför att se utformningen av en gemensam utrikespolitik för EU som främst en sak för dem själva.

Kravet på enhällighet för beslut gör att de i första hand strävar efter att komma överens inbördes. I den processen kan uppslag och idéer från mindre medlemsländer inhämtas och åberopas. Men det viktigaste för "de stora" är att enas inom gruppen. Lyckas de presenteras förslaget för de andra bortåt tjugo medlemsländerna. Dessa har, var för sig, möjlighet att anföra veto och därmed fälla förslaget.

Till synes ger detta de mindre länderna stort inflytande. Men i praktiken kan vetorätten endast tillämpas om omistliga värden står på spel för den berörda staten. Så är sällan fallet.

Skulle beslut i utrikesfrågor fattas enligt gemenskapsmetoden blev saken mycket annorlunda. "De stora" skulle då inte ha samma behov av att redan tidigt i processen skriva sig samman. Länder, stora som små, med likartade uppfattningar i den aktuella frågan skulle då forma allianser. De skulle söka sig fram tills de, genom kompromisser, fått ihop det antal röster som krävdes för beslut. Åsikter och argument skulle mötas. Alla skulle ha en reell möjlighet att påverka "slutprodukten".

Medborgare, politiska partier och EU-länder som vill vidga samarbetet i Europa och ge mer kraft åt Europa i världen bör därför kräva:

- att europieskt beslutfattande i bl a utrikes-, säkerhets- och klimatfrågor skall ske enligt gemenskapsmetoden och
- att EU med euron som bas utvecklas till en finansiell gemenskap.
- att EU enas om en gemensam klimat- och energipolitik

Det vore roligt om debatten inför valet i juni till Europaparlamentet skulle handla också om frågor som dessa.